

## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 27

~~Suggestion for protocol :~~

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status :    - Member            ~~Alternate~~

---

### ~~Artikel 27: Delegierte Verordnungen~~

#### *Artikel 27: Übertragung von Gesetzgebungsbefugnissen*

(1) In den europäischen Gesetzen und Rahmengesetzen kann der Kommission die Befugnis übertragen werden, delegierte Verordnungen zur näheren Ausführung oder Änderung bestimmter nicht wesentlicher Vorschriften ~~eines Gesetzes oder eines Rahmengesetzes~~ *dieser Gesetzgebungsakte* zu erlassen.

~~In den Gesetzen und Rahmengesetzen~~ *diesen Gesetzgebungsakten* werden Ziele, Inhalt *und* Tragweite ~~und Dauer~~ der Übertragung ausdrücklich festgelegt. ~~Die wesentlichen Vorschriften für einen Bereich können nicht Gegenstand einer Übertragung sein. Sie sind dem Gesetz oder dem Rahmengesetz vorbehalten.~~

*Bevor die Kommission eine delegierte Verordnung erlässt, informiert sie darüber rechtzeitig das Europäische Parlament und den Rat.*

(2) ~~Im Gesetz oder im Rahmengesetz wird ausdrücklich festgelegt, unter welchen Bedingungen die Übertragung zur Anwendung gelangt, wobei eine oder mehrere der folgenden Möglichkeiten in Betracht kommen:~~

- ~~— Das Europäische Parlament und der Rat können beschließen, die Übertragung zu widerrufen.~~
- ~~— Die delegierte Verordnung kann nur in Kraft treten, wenn das Europäische Parlament oder der Rat innerhalb einer bestimmten Frist keine Einwände erheben, und~~
- ~~— Die Bestimmungen der delegierten Verordnung werden nach Ablauf einer bestimmten Frist unwirksam. Ihre Geltungsdauer kann auf Vorschlag der Kommission durch eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates verlängert werden.~~

*(2) Sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat können jeweils jederzeit die Übertragung widerrufen; bereits erlassene Verordnungen sind daraufhin durch die Kommission unverzüglich aufzuheben. Im Gesetzgebungsakt kann zudem ausdrücklich festgelegt werden,*

- dass die delegierte Verordnung nur in Kraft tritt, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer bestimmten Frist Einwände erheben, und*
- dass die Bestimmungen der delegierten Verordnung nach Ablauf einer bestimmten Frist unwirksam werden, wobei aber ihre Geltungsdauer auf Vorschlag der Kommission durch eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates verlängert werden kann.*

Für die Zwecke des vorstehenden Unterabsatzes beschließt das Europäische Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder und der Rat mit qualifizierter Mehrheit.

---

**Explanation (if any) :**

**Titel:**

Ich schlage vor, den Titel dieses Artikels zu ändern. Den Gegenstand des Art. 27 bildet nicht die Verordnung, sondern der Vorgang der Ermächtigung zum Erlass einer Verordnung.

**Absatz 1 Unterabsatz 2:**

Entscheidend ist die Möglichkeit des Gesetzgebers, die Geltungsdauer der delegierten Verordnungen zu befristen; dies ist in Absatz 2 geregelt.

Die Sätze 2 und 3 dieses Unterabsatzes enthalten identische Aussagen, die zudem bereits in Unterabsatz 1 enthalten sind. Dort ist die Übertragungsbefugnis bereits ausdrücklich auf "nicht wesentliche Vorschriften" beschränkt.

**Absatz 1 Unterabsatz 3:**

Unterabsatz 3 übernimmt den Inhalt des Punktes 13 der Rahmenvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission vom 5.7.2000 (Dok. C5-0349/2000) und dient der Sicherung des Widerrufsrechts der Gesetzgebungsorgane.

**Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1:**

Die Gesetzgebungsorgane müssen jederzeit und unabhängig von einem ausdrücklichen Vorbehalt im Übertragungsrechtsakt ein Rückholrecht besitzen. Zudem muss gewährleistet sein, dass die Übertragung stets von beiden Gesetzgebungsorganen politisch getragen wird. Deshalb muss jedes der beiden Organe unabhängig vom anderen das Rückholrecht ausüben können.

Aus Gründen der Rechtssicherheit sollte dem Widerruf keine unmittelbare Außenwirkung zukommen. Er sollte lediglich die Pflicht der Kommission begründen, etwaige Verordnungen nach den einschlägigen Bestimmungen (insbesondere Art. 33) unverzüglich aufzuheben.

**Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 2:**

Die Verordnung sollte auch in Kraft treten, wenn EP und Rat keine Einwände erheben.